

# Denk würdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 13  
Juli  
2003

Herausgegeben vom Vorstand der  
Politisch-Militärischen Gesellschaft  
e.V. in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

neue Themen rücken auf die atlantische Agenda, darunter – natürlich – der Irak, aber auch Sicherheitspolitik im pazifischen Raum. Diesen beiden Themen ist die Ausgabe 13 der Denkwürdigkeiten gewidmet. Sie werden uns nicht so schnell wieder loslassen.

*Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg*

### *In dieser Ausgabe*

#### **1 Sicherheit im Pazifik**

Ein Konferenzbericht von  
**Dr. Peter Roell**

#### **6 Lehrstunden des Irakkrieges**

Brainstorming mit **atlanticus**

## THEMEN

### **Sicherheit im Pazifik**

**Konferenzbericht von 2003  
Pacific Symposium "To-  
ward a Durable Regional  
Security Strategy"**

**von Dr. Peter Roell**  
Sino-Politologe

#### **Vorbemerkung**

Die National Defense University (Washington, D.C.) führte mit Unterstützung des United States Pacific Command und des Asia-Pacific Center for Security Studies (APCSS) vom 25. – 27. März 2003 ihre Jahreskonferenz mit o.a. Thematik in Honolulu, Hawaii, durch.

Wie Admiral Thomas B. Fargo, Commander U.S. Pacific Command, anmerkte, hatten sich die Veranstalter vier Ziele gesetzt. Erstens, zu untersuchen, wie die Nationale Sicherheitsstrategie der USA in der asiatisch-pazifischen Region, mit ihren politischen Implikationen und ihren Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Nationen dieser Region, verwirklicht wird. Zweitens sollten die be-

sonderen Sicherheitsherausforderungen, hervorgerufen durch den internationalen Terrorismus, unter besonderer Berücksichtigung nationaler Charakteristiken, aus der Sicht von Experten aus den USA, Lateinamerika, Süd-Asien, Südost-Asien und China analysiert werden. Drittens sollte untersucht werden, wie nicht-militärische Aspekte dieser Strategie in der asiatisch-pazifischen Region verwirklicht werden können. Viertens sollte ein Blick auf die wichtigsten Staaten, regionalen Institutionen sowie auf die Sicherheitskooperation geworfen werden, um Stabilität und Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region zu fördern.

An der Konferenz nahmen etwa 200 Führungskräfte teil, darunter 88 Teilnehmer des Kernseminars des APCSS aus 44 asiatisch-pazifischen Staaten. In 12-wöchigen Seminaren, die dreimal jährlich stattfinden, werden etwa 250 Führungskräfte aus dem zivilen und militärischen Bereich aus dieser Region ausgebildet.

Als Mitglied der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. Berlin (pmg), die sich u.a. zum Ziel gesetzt hat, den transatlantischen Dialog um die asiatisch-pazifische Dimension zu erweitern, nahm ich als einziger Vertreter aus dem "alten Europa" in privater Funktion am Symposium teil.

Für die Mitglieder des Freundeskreises der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) sowie für die der pmg möchte ich einige Aspekte herausstellen, die aus meiner Sicht für eine operative Politik von Interesse sein können.

#### **Koreanische Halbinsel**

Hinsichtlich der gegenwärtigen Lage auf der Koreanischen Halbinsel sind zwischen Seoul und Washington unterschiedliche Sichtweisen erkennbar. Washington geht davon aus, dass Pyongyang den Besitz nuklearer Waffen tatsächlich anstrebt, während man in Seoul dazu neigt, dass Nordkorea seine "nuklearen Drohungen" gezielt einsetzt, um vor dem Hintergrund seiner Wirtschafts- und Energiekrise ins direkte Gespräch mit den USA gelangen zu können. Für die Aufgabe des Nuklearwaffenpro-

gramms erwartet Kim Jong-Il weitgehende Wirtschaftshilfe sowie Sicherheitsgarantien seitens der USA.

Die U.S.-Südkoreanische Allianz und die künftige Sicherheitskooperation betreffend, wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Die USA und Südkorea müssen einen strategischen Plan für die kommenden Jahre entwickeln, der Ziele definiert und entsprechende Mittel zur Verfügung stellt.

2. Die USA und Südkorea müssen die Nuklearwaffenkrise in Nordkorea umgehend und mit Vorrang lösen, wobei beide Staaten wie folgt vorgehen sollten:

- a) Erarbeiten einer gemeinsamen Option im Mai 2003, die Nordkorea im Rahmen multilateraler Diskussionen vorge schlagen wird;
- b) Vorstellung dieser Option anderen regionalen Mächten, insbesondere der VR China und Japan; Entwicklung einer multilateralen Position zur Krisenbewältigung;
- c) Vorlage dieses abgestimmten politischen Ansatzes an Nordkorea mit dem Versuch, die Zustimmung Pyongyangs zu erreichen;
- d) In Bereichen, in denen Nordkorea nicht zustimmt oder andere Maßnahmen für wünschenswert erachtet, Versuch gemeinsamer Lösungen.

3. Ziel dieser gemeinsamen Strategie soll u.a. der Aufbau eines Friedens-Regimes auf der Koreanischen Halbinsel sein, wobei folgende Anstrengungen unternommen werden sollen:

- a) Drängen auf eine Nord-/Süd Friedensdeklaration oder ein Friedensabkommen, aber nur in Verbindung mit tatsächlich greifbaren Fortschritten bei der Rüstungskontrolle;
- b) Durchführung von Nord/Süd Rüstungskontrollmaßnahmen in Verbindung mit US-Truppenreduzierungen;
- c) Adressierung vehementer Forderungen an Pyongyang, u.a.:  
- Zustimmung zu vertrauensbildenden militärischen Maßnahmen;

- Aufgabe seines Massenvernichtungs-Waffenprogramms;
- Implementierung von Rüstungskontrollmaßnahmen bei gleichzeitiger Ermunterung zu Reformen;
- Veränderung der Sichtweise gegenüber den Vereinigten Staaten.

d) Unterstützung der Südkoreaner, die Allianz und die US-Streitkräfte als förderlich für den Aufbau eines Friedensregimes auf der Koreanischen Halbinsel wahrnehmen zu können.

4. Anpassung der Südkorea-US Allianz sowie Reduzierung und Verlegung der US-Streitkräfte als Teilelement, die Beziehungen insgesamt neu auszubalancieren, wobei folgende Vorbedingungen erfüllt werden sollten:

- a) Verbesserung der südkoreanischen militärischen Planungs-kapazitäten;
- b) Verwirklichung von Rüstungskontrollmaßnahmen zwischen Nord- und Südkorea;
- c) Anstreben eines Verhandlungspaketes, in dem Pyongy-ang einerseits sein Nuklearprogramm, seine Massenvernichtungswaffen, Raketen und konventionellen Streitkräfte und die USA andererseits Truppenreduzierungen und –verlegungen zur Diskussion stellen;
- d) Vorherige enge Abstimmung zwischen den USA und Südkorea bei der Anpassung der Allianz sowie der Streitkräfte;
- e) Schaffung eines Konsenses zwischen den Vereinigten Staaten und Südkorea und ihren Bevölkerungen und Vorbereitung eines konkreten Handlungsplans.

5. Durchführung verschiedener Maßnahmen im Rahmen der Verwirklichung der Allianz zwischen den USA und Südkorea im 21. Jahrhundert.

6. Anstreben Südkoreas zur Übernahme operativer Kontrolle in Kriegszeiten.

*Anmerkung\**  
Zwischenzeitlich fand am 8. und 9. April 2003 die erste Gesprächs-runde in Seoul zwischen hochran-gigen Vertretern aus den USA und

Südkorea statt. Auf südkoreanischer Seite wurde diese von Generalleutnant Cha Young Koo, Assistant Defense Minister for Policy, auf amerikanischer Seite von Richard Lawless, Deputy Assistant Secretary of Defense for East Asia and Pacific, geleitet. Kernthemen waren die Zukunft der Yongsan-Basis in Seoul, die US-Befehlsgewalt über südkoreanische Truppen im Kriegsfall, Südkoreas Verteidigungsfähigkeiten sowie die fortgesetzte Verpflichtung der USA zur Verteidigung Südkoreas.

Beide Seiten stimmten überein, die US-Garnison möglichst bald aus Seouls Stadtzentrum zu verlegen sowie die Verteidigungsfähigkeit der südkoreanischen Streitkräfte zu erhöhen.

Schwierigere Diskussionen, die man bis zum Oktober des Jahres zum Ende bringen will, sind bezüglich der amerikanischen Absicht zu erwarten, seine Streitkräfte südlich des Han-Flusses verlegen zu wollen. Die USA unterhalten derzeit einige Basen nördlich des Han-Flusses. Im Falle eines nordkoreanischen Angriffs wären die US-Streitkräfte direkt betroffen und die Weltmacht USA sofort politisch und militärisch involviert.

Das größte Problem dürfte allerdings in der Neustrukturierung des "Combined Forces Command (CFC)" liegen, das dem kommandierenden US-General im Kriegsfall Befehlsgewalt über die südkoreanischen Streitkräfte einräumt. Washington hat diese Struktur gewählt, um im Falle eines Krieges auf der Koreanischen Halbinsel die US-südkoreanischen Streitkräfte optimal führen zu können, gleichzeitig aber auch, um Einwirkungsmöglichkeiten auf die südkoreanischen Truppen nehmen zu können. Südkorea betrachtet diese Struktur mehr und mehr als hinderlich für seine Souveränität und Unabhängigkeit.

In den kommenden sechs Monaten sind somit schwierige Gespräche zwischen Seoul und Washington zu erwarten, deren Ergebnis weit über die Koreanische Halbinsel hinaus Wirkung zeigen wird.

## Indisch-Pakistanischer Konflikt

Süd-Asien, mit einer Bevölkerung von über 1 Milliarde Menschen, bleibt für die Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten weiterhin von großer Bedeutung. Indien und Pakistan sind im Besitz von Nuklearwaffen. Untergrundbewegungen in verschiedenen Staaten gefährden die Stabilität in der Region. Terroristen mit globalem Aktionsradius operieren in Süd-Asien und von Süd-Asien aus.

Im globalen Kampf gegen den internationalen Terrorismus nehmen Indien und Pakistan aufgrund ihrer komplexen Beziehungen eine Sonderrolle ein. Der pakistanische Geheimdienst stellte den USA wichtige Informationen über die Taliban und Al-Qaeda zur Verfügung, so unter anderem über Abu Zubaida, Al-Qaedas Operationschef und Khalid Sheikh Mohammed, den Chefplaner der terroristischen Angriffe des 9. September 2001.

Bezüglich der Unterstützung militanter Kräfte in Kaschmir nimmt Pakistan eine ambivalente Haltung ein. Offiziell verneint Pakistan, dass es Terroristen militärische Unterstützung oder Ausbildung gewährt, wobei General Musharraf in einem Interview mit der Washington Post einen Unterschied zwischen Terroristen und Freiheitskämpfern machte, was die Tür für die Unterstützung von "Freiheitskämpfern" in Kaschmir offen ließ.

Es hat den Anschein, dass Pakistans Islamisten einen Modus Vivendi mit den Militärs gefunden haben. Bei Operationen, die ausschließlich gegen Indien gerichtet sind, bleiben sie unangetastet; bei Aktionen, die gegen die USA zielen, müssen sie mit Verfolgung rechnen.

Pakistans Tolerierung militanter Kräfte hat ernsthafte Auswirkungen auf die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Selbst wenn sich General Musharraf entscheiden sollte, strikt gegen die militanten Islamisten vorzugehen, dürfte es Jahre dauern, ehe die terroristischen Netzwerke vollständig zerschlagen sind.

Auf dem Wege der Terrorismusbekämpfung sollten die USA Pakistan wie folgt unterstützen:

1. Pakistans Beziehungen zu Indien müssen auf den Weg zur Normalisierung gebracht werden. Aus pakistanischer Sicht bedeutet dies Aufnahme eines Dialogs mit Indien über den künftigen Status von Jammu und Kaschmir.
2. Der Entscheidungsprozess in Pakistan muss auf zivile Führungspersönlichkeiten zurückgeführt werden. Auf längere Sicht dürfte ein demokratischer politischer Prozess in Pakistan den Einfluss der Islamisten eindämmen und es einfacher machen, extremistische Gruppierungen zu isolieren.
3. Pakistan muss alle militanten Kräfte entwaffnen und die Infrastruktur der Jihadis auflösen. Die USA müssen sicherstellen, dass dies in breitem Konsens innerhalb Pakistans erfolgt.

Es wurde festgestellt, dass die amerikanische Politik, General Musharraf als Alliierten zu betrachten, Washingtons Zugang zu Pakistans politischen Parteien und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen einengt und die wahrgenommene Allianz zwischen dem Militärregime und den USA die öffentliche Unterstützung für die US-Politik behindert.

In Indien und Sri Lanka und mit geringerer Ausbreitung in Bangladesch ist die öffentliche Opposition gegenüber der US-Politik geringer ausgeprägt. Wichtige Entscheidungsträger in Militär und Politik verstehen, dass eine Kooperation mit den USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus für ihre Staaten nützlich ist.

Pakistans schwieriger Balanceakt zwischen islamischem Staat und westlichem Alliierten, den USA, wird es für Washington im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch künftig nicht einfach machen, mit diesem Land umzugehen. Indien, obwohl ein enger Partner der USA bei der Terrorismusbekämpfung, mag gegen den globalen Machtanspruch Washingtons Vorbehalte hegen. Die Doktrin des Präventivschlages kann von Delhi genutzt werden, um auf Pakistan Druck auszu-

üben, gegen militante Kräfte in Kaschmir vorzugehen.

Abschließend wurde festgestellt, dass die USA eine aktive Politik betreiben müssen, um einen Friedensprozess zwischen Indien und Pakistan einzuleiten und zu fördern. Ferner müssen sie sich mit den Wurzeln des Terrorismus in der Region verstärkt auseinandersetzen.

### Anmerkung\*

*Richard Haass, Director of Policy and Planning, im US-Außenministerium, äußerte sich am 17. April 2003 dahingehend, dass Washington enttäuscht und frustriert sei, dass Islamabad die Infiltrationen militanter Kräfte in den indischen Teil von Kaschmir nicht unterbinde. Er warnte, dass sich die Beziehungen USA-Pakistan nicht über einen bestimmten Punkt entwickeln könnten, wenn sich Pakistan des Problems nicht ernsthaft widme.*

*Am 18. April 2003 erklärte Indiens Ministerpräsident Vajpayee bei einem Besuch in Srinagar, dass Neu Delhi bereit sei, interne und externe Probleme mit Pakistan zu diskutieren.*

*Die Aussage von Haass deckt sich mit anderen Verlautbarungen aus dem US-Außenministerium, das sich über die erneut zunehmenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan besorgt zeigt. Nur im Dialog, nicht mit militärischen Mitteln, könne der indisch-pakistanische Konflikt beigelegt werden.*

*Washington erwartet von Pakistan ein härteres Vorgehen im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus, während man gleichzeitig Neu Delhi bedeutete, den Ton hinsichtlich eines möglichen Präventivschlages gegen Pakistan zu mäßigen.*

*Es hat den Anschein, dass die USA in absehbarer Zeit den diplomatischen Druck in Süd-Asien erhöhen werden und von Islamabad größere Operationsfreiheit in Pakistan einfordern werden.*

*Die USA sind sowohl über mögliche Aktivitäten der Rest-Taliban sowie der Kern-Al-Qaeda in der Region sehr besorgt als auch darüber, dass Pakistan bislang nicht sichergestellt hat, alle militanten Al-Qaeda Kräfte von sei-*

dem Territorium zu vertreiben. Die USA werden dies auf Dauer nicht tolerieren und neben potentiellen Krisenpunkten wie Nordkorea und Iran auch Süd-Asien im Fokus behalten.

## Irak – Japan – USA

Der 11. September 2001 markierte einen Wendepunkt in der Allianz zwischen Japan und den USA. Für den Irak strebte Tokio zunächst eine friedliche Entwaffnung an. Da die Vereinten Nationen nicht angemessen reagieren konnten, unterstützte Japan militärische Maßnahmen der USA. Der Krieg im Irak kann zu wesentlichen Veränderungen der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik führen.

Japans Verfassung engt den Einsatz militärischer Kräfte stark ein und begrenzt die Sicherheitskooperation zwischen Tokio und Washington sowie auch Japans Teilnahme an friedenserhaltenden bzw. friedensschaffenden Maßnahmen der Vereinten Nationen. Die jüngsten Entwicklungen im Irak und in Nordkorea haben die öffentliche Debatte über Japans Sicherheits- und Verteidigungspolitik belebt.

Aufgrund der gegenwärtigen Sicherheitslage in Ost-Asien stellen aus japanischer Sicht die Verpflichtungen, die die USA in der Region eingegangen sind, einen wesentlichen und unverzichtbaren Sicherheitsfaktor dar. Die US-Präsenz in der Region wird deshalb von Tokio begrüßt.

Zwei Problemfelder, das US-Engagement in der Region betreffend, zeichnen sich ab.

1. In welcher Weise wird die Transformation von in der Region vorwärts dislozierten US-Streitkräften erfolgen?

2. Wie werden sich die chinesisches-amerikanischen Beziehungen entwickeln?

Die japanisch-amerikanische Sicherheitskooperation vollzieht sich zur Zeit auf drei Ebenen:

- Verteidigung Japans
- regionale Sicherheit
- internationale Friedenssicherung

Abschließend wurde festgestellt, dass der Sicherheitsdialog zwi-

schen Japan und den USA wesentlich verstärkt werden muss.

### Anmerkung\*

*Washington und Tokio sehen in ihrer langfristigen strategischen Analyse im erstarkenden China einen potentiellen Risikofaktor. Die USA ersuchen deshalb Japan, seine Verteidigungspolitik zu ändern und die durch die Verfassung gegebenen militärisch begrenzten Einsatzmöglichkeiten zu erweitern.*

*Die USA wollen Japan die Rolle eines wirklichen Alliierten in der asiatisch-pazifischen Region zuweisen, und das Land soll nicht nur als Standort für US-Stützpunkte dienen. Japan verfügt über moderne "Selbstverteidigungskräfte", die zur Sicherheit in der Region beitragen können. Japan wäre für den Fall einer US-Konfrontation mit China ein unverzichtbarer Partner.*

*Washington hat auch die Idee eines pazifischen Verteidigungsdreiecks in Umlauf gebracht, in dem Canberra in erster Linie für Südost-Asien sowie Tokio für Nordost-Asien verantwortlich zeichnen sollen und die USA mit starken Kräften in der Region nur dann aufmarschieren, wenn es tatsächlich erforderlich sein sollte.*

*Dass Japan mehr Verantwortung im Sicherheitsbereich übernehmen will, lässt sich auch an der ersten in dieser Art gemeinsamen Luftwaffenübung, die vom 21. April - 2. Mai 2003 durchgeführt wurde, erkennen. Japanische F-15 übten über dem westlichen Kyushu und Shikoku Luftbetankung mit amerikanischen KC-135 Tankflugzeugen. Die Übung diente auch der Vorbereitung der japanischen Luftwaffe auf die Einführung eigener Luftbetankungsmaschinen in den nächsten Jahren.*

## Wirtschaftsentwicklung und asiatische Sicherheit

Ein Blick auf zwei strategisch wichtige Wirtschaften in China und Nordkorea zeigt folgendes:

In der VR China lassen sich auf der positiven Seite der Zufluss starker Investitionen, steigende Exporte, steigendes BIP sowie in den Küstenprovinzen zunehmende Produktionen feststellen. Im Bereich Forschung und Technik

sind zudem schnelle Fortschritte erkennbar.

Auf der negativen Seite besteht für die chinesische Führung die größte Herausforderung darin, das kollabierende Finanzsystem zu stabilisieren. Chinas alarmierendes "non-performing loans (NPL)" Problem der Staatsbanken schneidet noch schlechter als Japans NPL-Problem ab. In Japan werden "faulen Kredite" zwischen 8 – 10 Prozent des BIP vermutet, während es in China zwischen 37 und 50 Prozent sein sollen. Bei einem "big bang" in der VR China stehen ausländische Investitionen in Höhe von 450 Milliarden US-Dollar auf dem Spiel.

Neben dem Problem der "faulen Kredite" im Bankensystem steht China vor weiteren Herausforderungen:

- Aufbau eines teuren Sozial- und Arbeitslosenversicherungssystems, das in ländlichen Gebieten über 100 Millionen Arbeitslose und in Städten eine Arbeitslosenzahl von 16 – 18 Millionen berücksichtigen muss;
- Schaffung eines kostspieligen Pensionssystems für eine stets älter werdende Bevölkerung (90 Millionen Menschen über 65 Jahre im Jahre 2003);
- Rasant anwachsende Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur im zurückgebliebenen westlichen Teil des Landes.

Solange sich Chinas Wirtschaftswachstum jährlich um etwa 7 Prozent bewegt, lassen sich pro Jahr etwa 8 Millionen neue qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. China müsste aber in den kommenden 4-5 Jahren allein in den städtischen Gebieten jährlich 20 Millionen neue Arbeitsplätze ins Leben rufen, was die Problemfelder in China noch unterstreicht.

Wirft man einen Blick auf Nordkorea, so hat es den Anschein, dass es sich zwischen Washington und Pjöngjang in erster Linie um eine Nuklearkrise und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen handelt. Indem Nordkorea einen Nichtangriffspakt mit den USA und die Nor-

malisierung der Beziehungen anstrebt, sieht die nordkoreanische Führung in den USA das Schlüsselland, das eine wirtschaftliche Entwicklung und ein Überleben des Regimes sicherstellen soll.

Festgestellt wurde, dass in den Bereichen Liberalisierung und Privatisierung Nordkorea zu viel und zu schnell agiert hat, ohne über einen soliden Rahmen für die Gesetze des Marktes, die Institutionen und über makrowirtschaftliche Stabilität zu verfügen.

Für die internationale Staatengemeinschaft ist nun der Punkt gekommen zu entscheiden, ob man Nordkorea nur insoweit unterstützt, dass ein Zusammenbruch des Regimes verhindert wird oder ob die Tür für IMF, Weltbank und ADB geöffnet wird, mit dem Ziel, eine langfristig angelegte Wirtschaftsentwicklung des Landes zu formulieren.

Als ersten Schritt müsste Washington Nordkorea von der Liste terroristischer Staaten nehmen, so dass die Internationalen Finanzinstitutionen (IFI) Zugang nach Nordkorea erhalten. Die USA und die IFIs könnten auf diese Weise Einfluss auf die Wirtschaftsreformen in Nordkorea nehmen, gemeinsam mit Südkorea die Wirtschaftsintegration Koreas stärken sowie sicherstellen, dass die Wirtschaftsreformen nicht den Fortbestand des Regimes in Pyongyang gefährden.

Eine mögliche Sicherheitsgarantie der USA gegenüber Nordkorea könnte es Pyongyang erlauben, die Verteidigungsausgaben zu reduzieren und die Streitkräfte von derzeit 1,1 Millionen Soldaten um 300.000 Mann zu verringern.

Als beste Strategie der Krisenverhütung wurde eine behutsame und frühzeitige Planung der wirtschaftlichen Integration und politischen Kooperation für Nordkorea empfohlen.

*Anmerkung\**

*Die Auswirkungen von SARS in der Region werden nach derzeitigen Hochrechnungen die Wirtschafte wie folgt in US Dollar belasten:*

VR China 2,2 Mrd.  
Hongkong 1,7 Mrd.

Japan 1,1 Mrd.  
Singapur 950 Mio.  
Malaysia 660 Mio.  
Thailand 490 Mio.  
Indonesien 400 Mio.  
Taiwan 280 Mio.  
Philippinen 270 Mio.  
Vietnam 15 Mio.

**US-National Security Strategy in Asien**

Die National Security Strategy der Bush-Administration aus dem Jahre 2002 macht deutlich, dass für die USA der Zugang nach Asien aus wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und sozialen Gründen von fundamentalem Interesse ist. Colin Powell formulierte es so: *"The US is a Pacific power and we will not yield our strategic position in Asia"*.

Die US National Security Strategy enthält einige neue Elemente. Sie betont die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen einflussreichen Mächten und zielt darauf ab, Allianzen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu stärken und Angriffe der Terroristen zu verhindern.

Die Zusammenarbeit mit Australien ist ausgezeichnet, sei es in Afghanistan oder im Irak. Japans Beiträge werden in Washington gewürdigt, sei es die logistische Unterstützung in Diego Garcia oder durch die Entsendung von AEGIS-Zerstörern in den Indischen Ozean.

Obwohl die Staaten Südostasiens die USA bei der Terrorismusbekämpfung unterstützen, zählt diese auf ihrer Agenda nicht zur ersten Priorität, denn wirtschaftlicher Niedergang kann die innere Stabilität dieser Staaten gefährden und zum Sturz von Regierungen führen. Da die USA befürchten, dass Südostasien für Al-Qaeda und alliierte Netzwerke Ruheraum und Aktionsfeld wird, sind sie dabei, ihre politischen Beziehungen zu Indonesien zu überdenken. So hat Washington Indonesien auf dem Weg politischer Reformen unterstützt, Ausbildungsprogramme für Polizei und Nachrichtendienste durchgeführt und erstmalig seit 1991 für die indonesischen Streitkräfte ein Anti-Terrorprogramm finanziert.

Die Beziehungen Washingtons zu den Philippinen haben sich ver-

bessert. US-Militärunterstützung für die philippinischen Streitkräfte, u.a. zur Bekämpfung der Abu Sayyaf Gruppe im Süden des Landes, wurde begrüßt. Der Zugang zu Stützpunkten auf den Philippinen hat für die USA aufgrund der geostrategischen Realitäten, auch im Hinblick auf eine mögliche Verteidigung von Taiwan sowie für US-Streitkräfte, die in Japan stationiert sind, als Ausbildungsplatz an Bedeutung gewonnen. Auch ein begrenzter Zugang zu Flugplätzen auf Luzon ist für die USA gewinnbringend.

Was die Sicherheitsbeziehungen der USA zu Singapur anbelangt, entwickeln sich diese konstruktiv weiter. Von besonderer Bedeutung ist für Washington der Zugang zu Singapurs Marinebasis in Changi. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zählt Singapur zu den wichtigsten Alliierten in der Region.

Die gleiche Interessenlage, den internationalen Terrorismus bekämpfen zu wollen, hat unter anderem zur Verbesserung der sino-amerikanischen Beziehungen geführt. Die VR China strebt langfristig stabile Beziehungen mit den USA an, insbesondere aus wirtschaftlichen Erwägungen, wobei Peking die verbesserten Beziehungen der USA zu Staaten in Zentralasien, zu Russland und Pakistan mit gewissem Argwohn betrachtet.

Hinsichtlich der amerikanischen Sicherheitspolitik gegenüber Taiwan sorgte die Bush-Administration für strategische Klarheit. Sie machte deutlich, dass Washington im Falle eines militärischen Angriffs der Volksbefreiungsarmee auf Taiwan militärisch intervenieren werde. Strategische Klarheit bedeutete aber auch, dass Washington Taipei signalisierte, dass ein Eintreten der USA zur Verteidigung Taiwans keinen Freibrief für Provokationen Taiwans an Peking und ein Hineinziehen der USA in einen möglichen Konflikt darstellen würde.

Hinsichtlich des nordkoreanischen Nuklearwaffenprogramms sind die USA eher skeptisch. Pyongyang habe alle bestehenden Abkommen verletzt. Ferner argumentiert man in Washington,

dass ein seriöser Dialog mit Nordkorea nicht möglich sei, ehe das Land nicht bereit ist, seine nukleare Aufrüstung zu beenden. Die USA wollen ein "bad behavior" nicht honorieren.

Ob die USA gegenüber Pyonyang einen Kurs fahren werden, wie es der Perry-Bericht vorschlägt oder gewillt sind, das Risiko eines Präventivschlages auf sich zu nehmen, was in der Region strikt abgelehnt wird, bleibt abzuwarten. Die National Security Strategy hält hierzu fest: "*We cannot let our enemies strike first*".

Zur Verhinderung der Verbreitung von "dual-use" Materialien, die zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen verwendet werden können, setzen die USA auf Intelligence-Kooperation mit kompetenten Nachrichtendiensten. Hinzu kommt die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems, das gegen ABC-Trägersysteme zum Einsatz gebracht werden kann.

Wenngleich sich die US-Streitkräfte in der asiatisch-pazifischen Region einem Transformationsprozess unterziehen werden, soll dieser deren Schlagkraft nicht negativ beeinflussen. So heißt es im Quadrennial Defense Review (QDR) des US-Verteidigungsministeriums: "*Forward forces must be capable of swiftly defeating an adversary's military and political objectives with only modest reinforcement*".

### **Stellungnahme und Wertung**

Die Teilnahme am Pacific Symposium war gewinnbringend. Die Veranstalter hatten renommierte Referenten für die Panels gewinnen können, deren Vorträge durch lebhaftes Diskussionsergänzt wurden.

Das Pacific Symposium 2004 wird in Washington, DC stattfinden. Für die Politisch-Militärische Gesellschaft (pmg) bietet sich somit Gelegenheit, die jährlichen Expertengespräche mit hochrangigen US-Repräsentanten zeitnah zu diesem Termin zu legen, so dass ergänzend der Dialog über Entwicklungen in der asiatisch-pazifischen Region fortge-

setzt werden kann. Möglicherweise finden sich auch aus der Strategic Community der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Experten, die am Pacific Symposium 2004 in Washington teilnehmen möchten.

Für weitere Fragen stehe ich den Mitgliedern der pmg und der BAKS unter meiner privaten E-Mail Adresse

[peter.roell@skynet.be](mailto:peter.roell@skynet.be) gerne zur Verfügung.

### **Dr. Peter Roell, Brüssel**

*\*) Die Anmerkungen geben die persönliche Auffassung des Autors wieder.*

## **Lehrstunden des Irak-Krieges:**

### **Politik, Militär und Medien auf dem Prüfstand**

#### **Brainstorming der pmg am 6. Mai 2003 (in Zusammenarbeit mit dem "Forum Zukunft" der DGAP)**

Es ist selten zu früh und nie zu spät aus Fehlschlägen und Erfolgen zu lernen. Lehrstunden kriegerischer Konflikte sind für eine verantwortungsbewusste Sicherheitspolitik der Zukunft prägend. "Ehrenhaft ist es vom Gegner zu lernen" – diesen Spruch beherzigten bereits die alten Römer. Für Deutschlands Sicherheitspolitik liegt es nahe, von der Auseinandersetzung verbündeter Staaten mit dem Irak zu lernen.

Diesem Ziel diene das Brainstorming der pmg in den Räumen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) am 6. Mai 2003. Der Gedankenaustausch war offen und konzentriert. Der folgende Text versucht, die Diskussion zusammenzufassen. Die Teilnehmer an dem Gespräch und ihre jeweiligen Argumente werden, wie vereinbart, nicht identifiziert.

### **Politische Lehren**

Der Irak-Krieg stellte das internationale System und die multilateralen Organisationen auf die Probe. Nach Auffassung zahlreicher Teil-

nehmer bestanden die VN und die EU diese Probe nicht.

Hat Deutschland bestanden? Hervorgehoben wurde, dass die USA entschlossen internationale Führungs- und Handlungsfähigkeit demonstrierten. Für die Diskussion in Deutschland dagegen war die internationale Handlungsfähigkeit des Landes kein vorrangiges Thema.

Das Verhalten der Bush-Administration wurde als demonstratives Signal für Feind und Freund bewertet: "Das Recht folgt der Fahne". Militärische Macht schafft Völkerrecht. Der Irak sei aus US-Perspektive als Präzedenzfall für präventive Schläge gegen Staaten zu werten, die im Verdacht stehen, über Massenvernichtungswaffen zu verfügen.

Gleichzeitig wirkte der Irak-Krieg als politischer Konfliktauslöser innerhalb der VN und in der EU. Die USA nutzten die Marginalisierung der VN um ihre eigene Weltmachtposition zu stärken. Der internationalen Öffentlichkeit ist vor Augen geführt worden, dass die VN keine politisch handlungsfähige Organisation sind. Weder in Palästina, noch im Kosovo, noch in Bosnien, noch im Irak hat sich die VN-Organisation als politischer Machtfaktor bewährt. De facto ist sie nicht mehr als ein internationales Diskussionsforum.

Gleichzeitig hat der Irak-Krieg innerhalb der EU den Staaten in die Hände gespielt, die kein wirkliches Interesse an einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik haben. Wer, wie Großbritannien, die EU langfristig auf eine rein ökonomische Funktion reduzieren will, hat mit dem Irak-Krieg einen erfolgreichen Schritt in diese Richtung getan.

Die Frage, ob es sich bei der ESVP um eine "Schönwetter"-Veranstaltung handele, wurde im Brainstorming intensiv angesprochen. Einhellige Auffassung: Europa ist einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur während des Konfliktes nicht näher gekommen. Die Europäer sprechen nur über Strukturen, nicht über gemeinsame geopolitische Ziele.

Der Irak-Konflikt hat einmal mehr die Erwartungen der USA an die europäische Sicherheitspolitik bewiesen. Erwartet wird, so eine dezidierte Auffassung, eine europäische "Vasallenrolle". Eine differenziertere Rollendefinition verwandte mit Blick auf Europa Begriffe wie "Auxiliartruppen", "Zuständigkeit für die Nachsorge", "Finanzierung der Aufbauprogramme".

Vereinzelt wurde scharfe Kritik an der deutschen Politik während des Konflikts geübt. Sie habe durch Unfähigkeit und Unvermögen versäumt, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu profilieren. Sie sei zur "Geisel der französischen Politik" geworden. Erst dadurch seien die amerikanischen und britischen Positionen gestärkt, die Perspektiven für eine europäische Sicherheitspolitik geschwächt worden.

Dieser prononcierten Auffassung wurde widersprochen. Die mit der Kritik verbundene Hoffnung auf Multipolarität täusche. Auch die globale Politik des 21. Jahrhunderts bleibe durch Biopolarität gekennzeichnet. Ein Pol sei der geopolitisch und wirtschaftlich stabile Bereich USA und Europa um den Nordatlantik. Der Rest der Welt, der andere Pol, sei nicht stabil. Der Irak-Konflikt habe gezeigt, dass transatlantische Zusammenarbeit auch im US-Interesse unverzichtbar bleibe. Allerdings müsse die NATO ihre Leistungsfähigkeit und Relevanz beweisen, sonst werde sie marginalisiert.

Ergänzend wurde festgehalten: Die USA hätten sich von Europa entfernt, weil Europa sich nicht bewege und nicht mehr innovativ sei. Der Irak-Konflikt habe gezeigt, dass diese größer werdende Distanz für beide gefährlich sei. Über die aus dieser Lage resultierenden strategischen Optionen der USA und der EU sei weiter nachzudenken.

Eine Auffassung behauptete, die USA verfügten über keine "grand strategy", um mit der veränderten Weltlage des 21. Jahrhunderts fertig zu werden. Eine deutlich widersprechende Auffassung legte demgegenüber dar, innerhalb der zahlenmäßig kleinen,

außenpolitischen US-Elite bestünde ein strategischer Konsens: Die USA strebten nach globaler Dominanz. Voraussetzung für das amerikanische Weltherrschaftsstreben sei die Herrschaft über den "Greater Middle East" in den nächsten zwei Generationen (ca. 60 Jahre). Als energiewirtschaftliche Schlüsselregion des 21. Jahrhunderts müsse dieser Raum unter der Vorherrschaft der USA und ihrer engsten Verbündeten stehen. Als weitere Lehre des Irak-Konflikts wurde deshalb die fort-dauernde Gültigkeit der Wechselbeziehung zwischen "Schutz und Gehorsam" festgestellt. Die USA gewährten Schutz und forderten sowohl von den Europäern als auch von ihren arabischen Klienten Gehorsam. Mit dieser Situation müssten die Europäer und die Deutschen psychologisch in Zukunft "klarkommen".

Gegenüber dieser Position wurde betont: Das Verhältnis der USA zu den atlantischen Verbündeten während des Irak-Krieges habe erneut gezeigt, dass es zwischen sicherheitspolitischer Nischenexistenz und politischem Wettbewerb weiterhin die Stellung des Partners gebe. Partner zu bleiben bzw. wieder zu werden liege weiter in Reichweite deutscher Politik.

### Militärische Lehrstunden

Einer mahnenden Stimme, für militärische Lehren aus dem Irak-Krieg sei es noch zu früh, wurde entgegengehalten, angesichts dynamischer Entwicklungen könne nicht auf eine komplette Auswertung gewartet werden. Es gehe darum, die wesentlichen Trends zu erfassen und zu verifizieren.

Die USA hätte nicht nur aus den Konflikten der 90er Jahre gelernt, sondern zusätzlich und unabhängig davon Innovationsgruppen eingesetzt, die im freien Nachdenken prototypische Verfahren künftiger Militäroperationen entwerfen und erproben. Neue Führungsmethoden und -Strukturen seien bereits im Frieden geübt worden. Methoden zur Analyse eigener und gegnerischer Schwachstellen seien verfeinert worden. Eine wichtige Lehre: "Notwendig ist die militärische Innovationsfähigkeit in Friedenszeiten".

Gleichzeitig wurde vor einer Überbewertung amerikanischer Prognosefähigkeiten gewarnt: Den USA seien zwei gravierende Fehleinschätzungen unterlaufen. Die erste Fehlprognose betraf das Verhalten des Bündnispartners Türkei, der sich geweigert hat, im Nordirak die Eröffnung einer zweiten US-Front zuzulassen. Die zweite Fehleinschätzung betraf die militärische Fähigkeit der Fedayjin im Südirak.

Hinsichtlich der Gültigkeit der neuen amerikanischen Militärdoktrin bestand kein Konsens. Eine Mehrheit der Gesprächsteilnehmer neigte der Auffassung zu, Rumsfeld habe als Befürworter der "revolution in military affairs" gegenüber Powell eindeutig Recht behalten. Die Zukunft gehöre dem "high tech"-Militär, die Zeit der großen Massenheere sei endgültig vorbei. Technologischer Vorsprung in den Feldern Präzision, Schnelligkeit sei unerlässlich. Der Konflikt habe die Bedeutung unbemannter Luftobjekte, Flugzeuge ohne Piloten, Satellitenaufklärung für die Zukunft bewiesen.

Eine Minderheit sah im Irakkrieg eine "Renaissance der schweren Systeme". Der amerikanische Vorstoß auf Bagdad habe vor Augen geführt, wie wichtig die Durchhaltefähigkeit gepanzerter Großverbände sei. Für die militärische Beherrschung des "Greater Middle East" komme es darauf an, geeignete land- und luftgestützten Systeme zu entwickeln (wüstenfähige Hubschrauber, Panzer, gepanzerte Mannschaftswagen). Diese Systeme müssten speziell für den Wüstenkrieg entwickelt und optimiert werden (vom Luftfilter bis zur Klimaanlage).

Wichtig bleibt die verbesserte Feindaufklärung. Was wissen wir vom Gegner? Je mehr wir wissen, umso besser und präziser können wir handeln!

Weitgehende Einigkeit bestand hinsichtlich der Bedeutung von Präzisions- und Abstandswaffen. Dank des Einsatzes neuer Systeme soll die Zahl der zivilen Opfer des Irakkrieges lediglich 10 Prozent der Zivilverluste des Golfkrieges 1991 betragen. Das von den USA erreichte Innovati-

onsniveau bei Präzisions- und Abstandswaffen ist künftig als entscheidender Maßstab für europäische wehrtechnische Entwicklungen zu betrachten.

Diese Feststellung provozierte die Frage, ob der amerikanische Vorsprung in diesem Bereich überhaupt noch einholbar sei. Sollte dies der Fall sein, könnten sich daraus zwei Konsequenzen ergeben. Die eine sei der freiwillige Verzicht aller anderen Staaten auf Wettbewerb mit den USA. Eine zweite, durchaus denkbare Konsequenz sei die Entwicklung neuer, asymmetrischer Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit den amerikanischen Systemen. Ein solches Vorgehen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure berge auch für Europa erhebliche Risiken.

Abschließend wurde darauf verwiesen, dass der kriegsentscheidende Einsatz von Präzisionswaffen gleichzeitig die Grenzen amerikanischer Interventionsfähigkeit markiere. Aufgrund der hohen Kosten von Präzisionswaffen und der technischen Innovationsdynamik würden diese Systeme nicht lange "vorgehalten". Nach der Afghanistan-Operation gegen die Taliban habe es mehr als ein Jahr gedauert, bis die amerikanischen Arsenale wieder mit Präzisionswaffen gefüllt waren. Auch aus diesem Grund sei eine vergleichbare amerikanische Operation im "Greater Middle East" nicht vor Ende 2004/Anfang 2005 möglich und denkbar.

### Öffentlichkeit

Mit Blick auf die deutschen Medien wurde fehlende Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstreflexion konstatiert. Fehlprognosen (lange Kriegsdauer, hohe Opferzahlen, horizontale und vertikale Eskalation) seien ebenso wenig korrigiert worden wie der Hang zu "worst case scenarios". Vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender hätten die politische Vorgabe des Bundestagswahlkampfes: "Kein Blut für Öl" nicht in Frage gestellt.

Gleichzeitig wurde bemerkt, auch die angelsächsischen Medien (CNN und BBC) hätten während des Krieges kein kohärentes La-

gebild vermittelt. Kritische Analysen und zusammenfassende Bewertungen habe es auch hier kaum gegeben.

Journalistisches Ethos und Medienpluralismus stünden nach den Erfahrungen des Irakkrieges auf dem Prüfstand. Ohne den arabischen Sender Al'Dschasira wäre die internationale Meinungsbildung schwieriger gewesen.

Es bestand die einhellige Auffassung, dass Kriege westlicher Gesellschaften künftig als Fernsehkriege geführt werden. Die US-Führung habe gezeigt, wie man im Krieg mit Medien umgehen könne. US-Informations- und Medienmanagement hätten es vermocht, die interne Unterstützung für die Kriegführung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sei zu jedem Zeitpunkt die operative Sicherheit gewährleistet gewesen.

Die Beliebigkeit der offiziellen Begründungen für die US-Politik (von "regime change" über "destruction of weapons of mass destruction" bis hin zu "human rights and democracy" oder "Befreiung des Irak") sei von den US-Medien nicht reflektiert und von der US-Öffentlichkeit nicht in Frage gestellt worden.

Demgegenüber wurde auf die negativen Erfahrungen im Pressezentrum Doha verwiesen. Die dortige Unterrichtung durch Militärs sei so schlecht gewesen, dass das amerikanische Informationsmanagement zeitweise vor dem "Gau". Zahlreiche Journalisten hätten mit der Abreise gedroht. Erst als die Unterrichtung offener, präziser und umfassender wurde, habe sich die journalistische Bereitschaft zum Zuhören und zur Teilnahme an den Pressekonferenzen des Central Command wieder verbessert.

Kritisch wurden die "Experten" deutscher Fernsehanstalten bewertet. Sie hätten gezeigt, wie sehr es ihnen an aktuellen Kenntnissen, an Informationen über die politischen, militärischen und wehrtechnischen Entwicklungen fehlte. Die deutschen Sendeanstalten seien gut beraten, sich systematisch einen "Pool" ausgewiesener Sachkenner aufzubauen. Andererseits sei es auch eine Aufgabe der deutschen Sicherheitspolitik insgesamt, Medien und Wissenschaft regelmäßig und rasch über strate-

gische Trends, Fortschritte operativen Denkens und wehrtechnische Neuentwicklungen zu unterrichten.

Fazit aller Teilnehmer: Eine Vertiefung der "lessons learned"-Diskussion in der zweiten Jahreshälfte ist unerlässlich.

*atlanticus*

## IMPRESSUM

### Denkwürdigkeiten

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

#### Herausgeber

Der Vorstand der pmg

#### Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel. 0173-5497942

E-Mail [ralph\\_thiele@hotmail.com](mailto:ralph_thiele@hotmail.com)

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der pmg.

